



Schule und Bildung

- ◆ G8 macht Kopfzerbrechen
- ◆ Annette Schavan auf der DIDACTA

50 Jahre VZ

- ◆ Verbraucherschutz in Baden-Württemberg
- ◆ Telefonwerbung

Aktuelles

- ◆ Interview mit Ulrich von Kirchbach
- ◆ Auswirkungen des neuen Unterhaltsrechts





Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Verbandsfamilien,*

*zwei große Verbandsereignisse liegen hinter uns;
der Auftakt war unser Landesverbandstag im März in Kirchheim/Teck
mit dem Motto „Familien brauchen Zukunft, Zeit und Zaster“!
Besonders frisch und sehr lebendig gestalteten die Kinder (und
betreuenden Eltern) der Freihof-Grundschule dieses Thema.
Uns Eltern/Erwachsenen wurde der Spiegel vorgehalten und
die deutliche Kindermeinung vorgetragen, was und wie sie
sich Familie vorstellen und was sie von ihren Eltern erwarten –
ein Erlebnis das uns zu denken gibt. Auch der lyrische Beitrag
von Anton Leitner „Mutters Hände, Vaters Herz“ zeigte Perspektiven
der Betrachtung von Familien auf. Daneben wurde der Landesvorstand
neu gewählt.*



*Anfang Mai stand für die angereisten Delegierten der vier-
tägige Bundesverbandstag in Königswinter mit der Neuwahl
des Präsidiums und der Diskussion der Bundesfamilien-
politik auf dem Plan (siehe auch www.deutscher-familienverband.de
und das Magazin: DFV-Familie).*

*Eine neue Form der Präsentation des DFV in der Öffentlichkeit prob-
te das Vorstandsteam beim 6. Kinder- und Jugendfestival in der
Stuttgarter Innenstadt (60.000 Besucher) bei dem der DFV alle zum
fröhlichen Mitmachen animierte: „gemeinsam spielen steckt an...
oder ...wir bringen Baden-Württemberg in Bewegung“.*

*Daneben beschäftigten die Ereignisse im Lande die Vorstands- und
Verbandsarbeit, wozu auch unsere Beiträge bei der Arbeit des
Landesfamilienrates unsere Kompetenz einforderte.
Nach der (baldigen!) Sommerpause sind wir gespannt, wie sich die
Bemühungen vieler Eltern zum Schulprojekt „G 8“ auswirken werden
(wir berichten weiter darüber...).*

*Aktuelle Pressemeldungen und Berichte dazu unter
www.dfv-baden-wuerttemberg.de.*

*Mit
.. der Familie verpflichtet... D F V !*

*hofft der Landesvorstand auf eine breite Resonanz und Beteiligung
Ihr*

Personelles

Vom Landesverbandstag in Kirchheim/ Teck

Nach unserem LVT in Kirchheim/ Teck soll zu allererst ein sehr herzlicher Dank an unsere engagierte „Vorbereitungstruppe“ ausgesprochen werden:

Heidi Eberhard

für eine gelungene kulturell ausgerichtete Konzeption des Vormittagsprogramms sowohl mit dem Künstlerduo als auch mit den Kindern und betreuenden Eltern, die einen wunderbaren und überzeugenden Auftritt gestaltet und unser Tagungsmotto „Familien brauchen ZUKUNFT + ZEIT + ZASTER“ hervorragend präsentiert haben;

dem KV Esslingen

für seine organisatorische Mitwirkung im Hintergrund;

Bärbel Bischoff

für eine umfassende Sorge für große und viele kleine Dinge von der Unterbringung, Essen + Trinken, Aufmerksamkeiten und Gestaltung des Tagungsmanagements (vor und nach dem LVT);

Birgit Schmidt

für eine umsichtige Vorbereitung, Kontakte zur Schatzmeisterin und Abwicklung des umfangreichen „Papierkrams“, der in der Landesgeschäftsstelle notwendig ist, damit die Veranstaltung „läuft“!

WAHLERGEBNISSE UND „PERSONALIA“

Uto R. Bode wurde in seinem Amt als Vorsitzender des Landesvorstandes bestätigt – er startet mit der neuen Mannschaft in eine weitere Amtsperiode in Baden-Württemberg und ist Mitglied des Vorstandes des Landesfamilienrates Baden-Württemberg. Beim Bundesverbandstag, der Anfang Mai in Königswinter tagte, wurde er wieder als Vizepräsident und Stellvertreter von Präsident Albin Nees gewählt.

Heidi Eberhard ist als Stellvertreterin des Landesvorsitzenden auf eigenen Wunsch nach 8 Jahren Vorstandschaft ausgeschieden. Ihr wurde für ihren Einsatz gedankt insbesondere als DFV-Vertreterin im Landesfrauenrat, im Programmbeirat des Jugendsenders bigFM und im Landesfamilienrat Fachausschuss „Familie und Medien“.

Dr. Joachim Braun KV Esslingen, wurde als neuer stellvertretender DFV-Landesvorsitzender gewählt und ist damit Nachfolger von Heidi Eberhard.

Bert Hauser früher TV-Chef beim SWR ist als DFV-Pressereferent ausgeschieden. Er wird aber als Medienberater kommissarisch dem Landesvorstand weiter zur Verfügung stehen.

Norbert Kennerknecht ist als Beisitzer ausgeschieden.

Hauser und Kennerknecht waren eine Amtsperiode Mitglied des DFV-Landesvorstandes und wurden mit Dank des LVT für ihr Engagement verabschiedet.

Bärbel Bischoff wurde als Schatzmeisterin bestätigt. Für ihren organisatorischen Einsatz bei der Vorbereitung und Durchführung erhielt sie ein besonderes Lob und Anerkennung.

Sieglinde Schäfer wurde als Schriftführerin wieder gewählt.



Beisitzer:

Harald Gress Referat für Familienbildung

Manfred Thumm Referat Familien-Check (Familienverträglichkeitsprüfung)

Anette Gezer, neu gewählt, noch ohne Fachbereich

Burkhard Wild und **Barbara Obländer** als Revisoren

Dirk Simon Vorsitzender Schiedsausschuss

Frau Lungstraß-Hochstein stellvertretende Vorsitzende Schiedskommission

Heidi Eberhard Beisitzerin Schiedsausschuss

Norbert Kennerknecht Beisitzer Schiedsausschuss

Als Vertreter des Landesverbandes beim BVT

Uto R. Bode, kraft Amtes als Vorsitzender

Delegierte beim BVT:

Joachim Braun, Bärbel Bischoff, Bert Hauser, Manfred Thumm, Burkhard Wild

Als Veranstaltungsort für den Landesverbandstag 2009 wurde der Raum Breisgau vorgeschlagen! Ein möglicher Termin wäre der 25. April.



50 Jahre Verbraucherzentrale Baden-Württemberg

Der Deutsche Familienverband Baden-Württemberg setzt sich seit der Gründung 1954 für die Verbraucher ein. Er hat zusammen mit sechs anderen Verbänden die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg vor 50 Jahren am 30. September 1958 als Verein gegründet. Mit einem landesweiten „Verbrauchertag“ soll 2008 sowohl dieses Ereignis gefeiert werden als auch kritisch auf den Stand des Verbraucherschutzes in unserem Land geblickt werden.

Die Verbraucherzentrale stellt sich selbst vor:
Professioneller, guter Rat ist unabhängig!

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein (e.V.), der Verbraucherinteressen auf Landesebene in Fragen des privaten Konsums informiert, berät und unterstützt, Überblick bei unübersichtlichen Angebotsmärkten und Durchblick bei komplexen Marktbedingungen verschafft.

Über eine Million Verbraucherinnen und Verbraucher setzen jährlich auf den stets aktuellen, qualifizierten Rat der Fachleute, der persönlich, schriftlich, telefonisch und auch übers Internet eingeholt werden kann.

Die Arbeit der Verbraucherzentrale (VZ) im Jahr 2007 war geprägt von Abzockangeboten über das Internet. Unerwartete Forderungen (durchschnittlich über 120 Euro) für angeblich beim Surfen abgeschlossene Verträge verunsicherten Tausende von Verbrauchern im Land. Sie hatten persönliche Daten eingegeben auf Seiten, die Hausaufgabenhilfe, Ahnenforschung, Routenplanung oder andere Dienstleistungen scheinbar kostenlos anboten. Die VZ hilft mit aktuellen Musterbriefen sich gegen diese Forderungen zur Wehr zu setzen. Vom Gesetzgeber fordert sie nun eine Gesetzesänderung zum Schutze der Verbraucher.

Über Preiserhöhungen bei Strom und Gas beschwerten sich viele Verbraucher und erhalten Unterstützung bei der VZ, die Gaspreisprotestinitiativen koordiniert, Beratung zur Energieeinsparung anbietet und zum Anbieterwechsel berät.

In der Ernährungsberatung stehen neben Kennzeichnung der Lebensmittel und Lebensmittelqualität auch Fragen zu Nahrungsergänzungsmitteln hoch im Kurs. Manche Ratsuchende können es kaum glauben, dass sie sich ohne Pillen und Pulverchen preiswert und gesund ernähren können – auch wenn sie wenig Zeit in der Küche verbringen wollen.

Ein weiteres wichtiges Beratungsfeld ist die Versicherungsberatung. Gerade junge Familien sollten

ihren Versicherungsbedarf regelmäßig überprüfen. Im Rahmen der so genannten Inventurberatung wird der gesamte Versicherungsbedarf ermittelt und optimiert. Im Rahmen der privaten Altersvorsorge sind Riesterverträge ein wichtiges Thema und selbstverständlich berät die Verbraucherzentrale auch zur richtigen und sicheren Baufinanzierung.

Seit 2006 ist die VZ Träger der unabhängigen Patientenberatungsstelle mit Sitz in Karlsruhe. Gegenstand der Beratung sind hier u.a. zuzahlungspflichtige Arztleistungen, der Wechsel von der gesetzlichen in die private KV und Pflegedienstleistungen.

Die Erkenntnisse aus der Einzelfallarbeit werden auch zum vorbeugenden Verbraucherschutz für die Allgemeinheit genutzt. So können Rechtsverstöße (etwa gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb) durch Abmahnungen und Klagen verfolgt werden. Außerdem vertritt die VZ Verbraucherinteressen auf politischer Ebene, informiert die Öffentlichkeit und führt jährlich mehr als 750 verbraucherrelevante Aktionen, Ausstellungen oder Schulklassenbesuche durch. Für Schulen und Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung ist die Zusammenarbeit mit einer anbieterunabhängigen Verbraucherinteressenvertretung, die Tipps zur Bewältigung des Verbraucheralltags vermitteln kann, besonders wertvoll.

Etwa 25 Prozent des Haushalts von knapp 4,35 Mio. Euro erwirtschaftet die VZ durch Kostenbeteiligung der Ratsuchenden selbst. Zum großen Teil ist sie jedoch durch öffentliche Mittel von Land, Bund und Gemeinden finanziert.

Termine zum persönlichen VZ- Kennenlernen sind:

Vaihingen/Enz, Rathaustreppe	Mi. 16.07.2008
Schwäbisch Hall, Bei H&M	Fr. 25.07.2008
Tübingen, Holzmarkt	Fr. 25.07.2008
Ettlingen, Marktplatz	Fr. 05.09.2008
Ehingen a.D., Fußgängerzone	Di. 09.09.2008
Stuttgart, Schloßplatz	Sa. 13.09.2008
Heidenheim a.d. Brenz, Am Rathausplatz	Mi. 17.09.2008
Nürtingen, Fußgängerzone	Do. 18.09.2008
Ludwigsburg, Stadtkirchenplatz	Fr. 19.09.2008
Neckarsulm, Am Marktplatz	Mi. 24.09.2008

Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V.
Paulinenst. 47 70178 Stuttgart; www.vz-bw.de

3. Armuts- und Reichtumsbericht

Zum dritten Mal legt die Bundesregierung ihren Armuts- und Reichtumsbericht vor. Die Ergebnisse sind erschreckend aber auch bekannt: Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Insbesondere Kinder sind von Armut betroffen. Zwar entspannt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Zahl der Arbeitslosen ist auf 3,7 Millionen gesunken, die Zahl der Menschen, die von Armut bedroht oder von Sozialleistungen abhängig sind, hat allerdings nicht abgenommen. Diese Phänomene sind das Ergebnis verschiedener Entwicklungen: der "Niedriglohnpolitik", der Preissteigerungen (insbesondere bei den

etwa Kinder anders berücksichtigt als Erwachsene. Nach dieser Definition beginnt das Armutsrisiko für Alleinstehende bei 781 Euro netto im Monat. Als reich gelten Singles, die mehr als 3418 Euro netto verdienen, oder vierköpfige Familien ab 7178 Euro monatlichem Nettoeinkommen. Das entspricht dem doppelten mittleren Einkommen. Je nachdem, ob nur das Einkommen oder auch das Vermögen berücksichtigt wird, rechnet man gut sechs bis knapp neun Prozent zu den reichen Deutschen. 26 Prozent der Bevölkerung wären hingegen von Armut bedroht, wenn es keine Sozialleistungen gäbe. Dank staatlicher

www.dfv-baden-wuerttemberg.de

Energiekosten), der Steuerpolitik, die vor allem in der Mitte der Gesellschaft "zulangt", der Höhe der Sozialversicherungsbeiträge, so dass vom konstatierten Aufschwung am Arbeitsmarkt gerade bei denen, die darauf angewiesen sind, kaum etwas ankommt. Allerdings stammen die im Bericht verwendeten Daten überwiegend aus dem Jahr 2004, was die Aussage "Aufschwung kommt nicht an" in Frage stellt. Sobald der Bericht im September verfügbar ist, wird der Existenzminimumsbericht dann hoffentlich zur Anhebung des Kindergeldes und der Freibeträge führen. Auch eine Korrektur des Steuerverlaufs (rasantes Anwachsen der Steuerkurve bei den unteren und mittleren Einkommen) ist dann unaufgeregt aber mit Nachdruck zu führen.

"Wer ist arm in Deutschland, und wer ist reich? Das lässt sich nicht mit einem Satz beschreiben. Es gibt dafür auch kein absolutes Maß. Die Definition ist kompliziert - und relativ. Der dritte regierungsamtliche "Armuts- und Reichtumsbericht", aus dem Sozialminister Olaf Scholz (SPD) "Eckdaten und Kernaussagen" veröffentlicht hat, orientiert sich an Standards der Europäischen Union sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OSZE). Demnach beginnt das Armutsrisiko bei Einkünften, die höchstens 60 Prozent des sogenannten mittleren Nettoäquivalenzeinkommens betragen. Darunter versteht man das Nettoeinkommen einer Person, die genau in der Mitte stünde, wenn die gesamte Bevölkerung sich gestaffelt nach ihrem Einkommen in einer langen Reihe aufstellen würde. Diese Größe ist nicht mit dem Durchschnittseinkommen zu verwechseln. Bei Haushalten mit mehreren Personen wird das gesamte Haushaltseinkommen nicht etwa durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, sondern durch einen Faktor, der

Hilfen verringert sich das Armutsrisiko auf fast die Hälfte: jeder achte Mensch in Deutschland lebt trotz Sozialstaat unter prekären Verhältnissen.

Im Zuge des Berichts haben wir den Freiburger Bürgermeister Ulrich von Kirchbach - unser neues DFV-Mitglied - zu einem Interview eingeladen, das Sie auf der nächste Seite lesen können.



Seminare für werdende aber auch für gestandene Eltern. **Geburtsvorbereitung, PEKiP-Gruppen, Spielgruppen, musikalische Förderung, Erziehungswshops, etc.** - alles was Eltern wissen und können müssen.

Fordern Sie unser kostenloses Programm an!

Eltern werden – Eltern sein e.V.
Rennerstr. 4, 79106 Freiburg
Tel.: 0761 - 28 99 55
www.elternwerden-elternsein.de



Interview mit Bürgermeister Ulrich von Kirchbach

DFV: Wie aus dem Bericht der Berliner Regierung hervorgeht, gelten 13% der Bundesbürger als arm. Leiden auch im Stadtkreis Freiburg immer mehr Menschen unter Armut?

Zunächst einmal müssen wir uns immer vor Augen halten, dass es sich um eine relative Armut handelt weil es eine bestimmte Abweichung vom Durchschnittseinkommen gibt und die Teilhabe am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben dadurch eingeschränkt wird.

Diese so definierte Armut ist ja auch in Freiburg größer geworden, da die Schere zwischen arm und reich in den letzten Jahren größer geworden ist und weil auch immer mehr Menschen unter diese relative Armutsgrenze rutschen.

DFV: Wo liegt die sog. Betreuungsquote für Kinder im Alter unter 3 Jahren in Freiburg (Die Durchschnittsquote in Baden-Württemberg liegt bei 11,5%)?

Die Stadt Freiburg verfügt insgesamt über ein breites und differenziertes Angebot an Kindertageseinrichtungen mit einer pluralen Träger- und Angebotsstruktur, die nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Standards Rechnung trägt. Aktuell gibt es in Freiburg 119 Kindertagesstätten, 17 Krippen und 12 Großpflegestellen. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist damit im Stadtgebiet umfassend und sozialräumlich wohnortnah gedeckt.

Bei den unter 3-Jährigen erreicht Freiburg mit insgesamt 1.051 Plätzen eine Versorgungsquote von derzeit 18% (einschließlich der Kindertagespflege). Damit nimmt Freiburg einen Spitzenplatz unter den Stadtkreisen in Baden-Württemberg ein.

Bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2008/2009 am 01.09.2008 werden durch die Schaffung weiterer 102 Plätze dann insgesamt 1.153 Plätze zur Verfügung stehen, was einer Versorgungsquote von 20% entspricht. Bis zum Jahre 2014 ist beabsichtigt, eine Betreuungsquote von 39% zu erreichen.

Daneben gibt es sogenannte Spielgruppen, die regelmäßig an bestimmten Wochentagen Kinder unter drei Jahren bis zu 15 Stunden wöchentlich betreuen.

DFV: Wie viele Grund- und Hauptschulen mit Ganztagsbetrieb sind bereits vorhanden?

Derzeit wird an vier Grund- und Hauptschulen und einer Förderschule in Freiburg eine Ganztagsbetreuung angeboten. An den meisten Grund- und Hauptschulen besteht ein Hortangebot oder ein Schülerhort befindet sich in der unmittelbaren Nähe. In den Horten werden 1.160 Schüler betreut. Dieses Hortangebot hat sich als ausreichend erwiesen.

Bei Betreuungsengpässen stehen darüber hinaus Tagesmütter zur Verfügung. Weiter besteht ein Angebot an Schulaufgabenhilfen, die teilweise ein Mittagessen anbieten und damit hortähnlich aufgestellt sind. Die Schulaufgabenhilfe betreut Schüler nach dem häuslichen Mittagessen mindestens zwei, oft auch drei bis vier Stunden. Über die Schulaufgabenhilfe wird eine gute Integrationsarbeit geleistet.

Durch den geplanten Ausbau der Ganztagschulen erwarten wir noch eine deutliche Verbesserung der Situation von Schulkindern.



Unser neues Mitglied: Ulrich v. Kirchbach mit Tochter

DFV: Was bietet der Stadtkreis an Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter und für Schüler an?

Aktuell bestehen in den Kindergärten in Freiburg 44 Gruppen mit Ganztagsangeboten mit je 20 Kinder. Die Stadt prüft derzeit, inwieweit die Betreuungszeiten flexibilisiert und damit erweitert werden können. Auch betriebliche Betreuungskonzepte sind in der Diskussion, da eine Ganztagsbetreuung in der Regel aus beruflichen Gründen gewünscht wird. Durch den geplanten Ausbau der Ganztagschulen erwarten wir auch eine deutliche Verbesserung der Situation von Schulkindern.

Eine Nachfrage nach Betreuungsplätzen im Vorschulalter in der Stadt besteht auch von Eltern, die im Landkreis wohnhaft sind, jedoch in Freiburg arbeiten. Ziel der Stadt ist es, die regionale Kooperation in diesem Feld zu intensivieren.

DFV: „Verlierer“ des wirtschaftlichen Aufschwungs sind die Familien mit Kindern, insbesondere die Alleinerziehenden, was ist gegen die wachsende Familien- und Kinderarmut zu tun?

In Freiburg haben wir zwei große Schritte gemacht: Der eine beinhaltet, dass Kinder aus „armen Familien“ für das Mittagessen in Kindergärten und Schulen nur

Fortsetzung auf Seite 14

Unterhaltsrecht mit Risiken und Nebenwirkungen

Viele geschiedene Frauen mit Kindern bekommen erheblich weniger Geld als bisher

Viele Männer müssen künftig deutlich weniger Unterhalt zahlen als bisher. Dies ist in allen „Mangelfällen“ so, bei denen nicht genügend Geld vorhanden ist, um die Ansprüche aller Unterhaltsberechtigten zu befriedigen – das ist die Mehrzahl.

Der Teufel steckt im Detail. Bei der zum 1. Januar in Kraft getretenen Unterhaltsrechtsreform ging es dem Gesetzgeber darum, die Kinder, aber auch die nicht-ehelichen Mütter und bei „Patchworkfamilien“ die neuen Partner besserzustellen als bisher. Das war vernünftig. Erst langsam aber wird deutlich, dass man bei dem neuen Recht die Fallstricke gerade bei den ganz gewöhnlichen Fällen zu wenig bedacht hat. Ein solcher ist inzwischen der von Juristen so genannte Mangelfall, bei dem der Unterhaltspflichtige, zumeist der Mann, zu wenig Geld verdient, um den Unterhaltsberechtigten, zumeist der Exfrau und seinen jetzt mit der Exfrau zusammenlebenden Kindern all das zu geben, was der Gesetzgeber für sie vorgesehen hat. Ganz gewöhnlich ist ein Fall auch dann, wenn es keine weiteren Kinder, keine anderen Partner gibt, für die Unterhalt zu zahlen ist, auch keine neue Ehe. Scheinbar änderte sich in diesen alltäglichen Fällen kaum etwas: In den Mangelfällen, so der erste Blick, bekommen die Kinder, weil nun allein im ersten Rang, mehr als bisher und die geschiedene Frau dafür entsprechend weniger – oder auch gar nichts. Im praktischen Leben hätte das nichts verändert, weil die Frau ja gemeinsam mit den bei ihr lebenden Kindern als neue Rumpffamilie „aus einem Topf“ wirtschaftet. Das war die Theorie. Die Rechtspraxis ist, wie sich zeigt, eine andere.

Schuld daran sind die komplizierte Berechnung des Unterhalts und vor allem aber die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Im Kern geht es um den „Selbstbehalt“, der einem Unterhaltspflichtigen auf jeden Fall bleibt, bevor er überhaupt zahlen muss. Der war früher gegenüber Kindern wie Exehelpnern gleich, wurde vom Bundesgerichtshof aber differenziert auf 900 Euro gegenüber den Kindern und 1000 Euro gegenüber dem Expartner. Da stets erst der – jetzt höhere – Kindesunterhalt berechnet und erst am Ende der Selbstbehalt gegenüber der Ehefrau vom noch verbleibenden Einkommen des Ehemannes abgezogen wird, bleibt in den Mangelfällen kaum etwas übrig.

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat es – siehe unsere Tabelle – für einen Unterhaltspflichtigen mit einem Einkommen von 1600 Euro durchgerechnet. Frau und

Kinder haben in diesem Fall nach der Reform genau 100 Euro weniger zur Verfügung als bisher. Hätte der Bundesgerichtshof den Selbstbehalt nicht differenziert, wären den drei auch nach der Reform die 700 Euro unverändert geblieben.

Die 100 Euro, die die Reform der Frau und den Kindern nimmt, bleiben beim unterhaltspflichtigen Mann. Tendenziell ergibt sich eine Verschlechterung für Frauen mit Kindern in allen Mangelfällen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Die Situation verschärft sich im Bereich des Oberlandesgerichts Stuttgart. Denn das Gericht verrechnet das Kindergeld anders als die anderen süddeutschen Gerichte. Was kein Außenstehender begreift: Es geht um den Konflikt zwischen den Gerichten, ob an dieser Stelle der „Tabellenbetrag“ oder der „Zahlbetrag“ abgezogen wird. Erst die Unterhaltsreform macht die Auswirkungen des bisher kaum beachteten Juristenstreits so dramatisch: Im Raum Stuttgart bekommen Frau und Kinder künftig statt 700 Euro nur noch 533 Euro. Strittig ist nun, ob diese Rechtsprechung angesichts der neuen Lage noch durchgehalten werden soll.

Doch damit nicht genug. Zusätzlich verschärfen die Auswirkungen des Steuerrechts auf das Unterhaltsrecht die Situation unterhaltsberechtigter Frauen mit Kindern, hier aber auch der unterhaltsverpflichteten Männer. Der Hintergrund: Der Unterhalt an die Exfrau kann (in Grenzen) von der Steuer abgesetzt werden, der Unterhalt an Kinder nicht. Was der Mann so an Steuern spart, kommt den Unterhaltsberechtigten sofort anteilig wieder zugute. Die Auswirkungen dieses „Realsplittings“ sind auch bei niedrigen Einkommen massiv. Nach der Steuerverrechnung bekamen Frau und Kinder statt der zunächst berechneten 700 Euro tatsächlich 812 Euro ausgezahlt. Weil nun die Kinder den größten Teil des Unterhalts bekommen, die Frau aber nur noch einen Restbetrag, sind auch die Auswirkungen des Realsplittings lächerlich gering. Der Vorteil für Frau und Kinder beträgt nur noch 21 Euro. Die Differenz, in unserem Rechenbeispiel immerhin 91 Euro, steckt der Staat als zusätzliche Steuern ein. Im Bereich des Oberlandesgerichts Stuttgart, wo die Frau überhaupt nichts mehr bekommt, ist natürlich auch der Realsplitting-Vorteil null.

Im Ergebnis bekommen die unterhaltsberechtigten Frau und ihre Kinder nach neuem Recht 23,5 Prozent weniger Geld als bisher, im Bereich des Oberlandesgerichts Stuttgart sogar 34,4 Prozent – wenn sich nichts ändert.

Von Stefan Geiger



Schule und Bildung

Kinder, die Ministerin kommt

Annette Schavan besucht die Bildungsmesse Didacta und verteidigt das 8-jährige Gymnasium mit Leidenschaft. "Es wird nirgends eine Rolle rückwärts geben", verkündet die Ministerin.

Die Bundesbildungsministerin ist da, nicht zu übersehen. Ihr rosafarbenes Jäckchen bildet den Mittelpunkt eines Pulks, der sich durch die Gänge der Neuen Landesmesse schiebt. Annette Schavans "Rundgang" gleicht einem Marathonlauf. Bildung braucht Weile. Von wegen. Im Schweinsgalopp geht es durch den Parcours der didaktischen Möglichkeiten. Vorbei an bunten Kinderbüchern, Holzspielzeug und Kindermöbeln, an Knete, Folien und Puzzles. Halle eins bei Klett. Dort wartet der von der Telekom-Stiftung gesponserte blaue Mathekoffer – passend zum "Jahr der Mathematik". Annette Schavan zieht leuchtende Bänder hervor, bunte Klötzchen und Säckchen mit Plastikformen. Für die Kameras lässt sie eine Metallfeder schnappen. Und strahlt. Mathematik sei die "Sprache der Naturwissenschaft". Mit dem Koffer (98 Euro), wirbt sie, könnten Schüler die "Schönheit der Mathematik" entdecken, die "vielen von uns verborgen geblieben ist". Sie lacht, die Ironie kommt an. Kurz zuvor geißelt sie den Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, bei Naturwissenschaften abzuspecken, als "Irrweg". Das musste sein.

Annette Schavan genießt das Forum dieser mit 800 Ausstellern größten Bildungsmesse. Die zumeist kommerziellen Standbestücker sind dankbar für ein Bild, ein kurzes Wort mit der Bundesbildungsministerin. Bei Westermann gibt es einen neuen interaktiven Diercke-Atlas. "Gibt es doch auch als Länderausgabe?" fragt Schavan etwas spitz. Denn das genau will sie nicht mehr. Schulbücher sollten künftig eine Art Grundbibliothek darstellen – überall in Deutschland gleich. Auch das Zentralabitur und die identische Lehrerausbildung kommt, ist sie überzeugt. Die Botschaft: "Wir brauchen eine Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse." Es gäbe so viel zu sagen.

Baden-Württembergs Kultusminister Helmut Rau trippelt gemeinsam mit Stuttgarts OB Wolfgang Schuster und dem Bildungsforscher Wassilios Fthenakis im Tross hinter der fröhlichen Berliner Ministerin drein. Als Annette Schavan im Südwesten am Ruder war, hätte sie sich soviel Sendungsbewusstsein der amtierenden Bundesministerin verbeten. Niemals hätte sie einer Edelgard Bulmahn erlaubt, ihr derart die Schau zu stehlen. Anders Helmut Rau. Er beschränkt sich auf ein Grußwort. Und überlässt – viel-

leicht sogar froh über die Unterstützung – der Parteifreundin das Feld. Schavan nutzt die Gelegenheit auch für atmosphärische Pflege.

"Wir müssen aufhören, so zu tun, als sei Schule für Kinder nur anstrengend, schädlich und ein Diebstahl der Kindheit", sagt die 52-Jährige. Wie die Debatte über das verkürzte Abitur zurzeit geführt werde, nennt sie "fahrlässig": Die Hauptschule schaffen wir ab, die Realschule sei auch nicht so sicher, und das Gymnasium angeblich verkorkst. "Was sollen Schüler denken, wenn Erwachsene so reden?" Dafür bekommt Annette Schavan viel Applaus im Messecenter. Dort sitzen Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer. Schavan weiß, dass sie dankbar sind für "Ermutigung" in Zeiten bildungspolitischer Debatten, die wie Schlachten daherkommen.

Baden-Württemberg sei das "modernste Bildungsland", lobt dagegen Schavan. "Freuen Sie sich doch daran, was soll denn die Knatscherei". Wieder gibt es Applaus, auf deren Welle Schavan final fordert, man dürfte die Schule nicht in eine "Vertrauenskrise reden". Auch zum Thema G8 hat die Rheinländerin aus dem Wahlkreis Ulm/Alb-Donau Botschaften parat. Schavan erinnert an den Beginn der G8-Debatte, als alle die Autonomie der Schulen gefordert hätten. Nun, da es Ärger gebe, könne man nicht wieder Einheitlichkeit fordern. "Es wird nirgends eine Rolle rückwärts geben", verkündet die Ministerin. "Niemand ist gezwungen, allen Unterricht in den Vormittag zu quetschen, damit Schüler und Lehrer maximal gestresst sind." Das G8 gehe nicht in sechs mal sechs Wochen an fünf Vormittagen. Doch die pädagogischen Fragen nach Zeit, Inhalten und Vertiefung müssten Schulleitung, Lehrer und Eltern schon selbst regeln. Von 370 Gymnasien hätten 170 Baugeld aus dem Bundesprogramm beantragt. Die "Logistik" sei also da. Oft fehlten nur noch die organisatorischen Konsequenzen.

Annette Schavan spricht aus, was in der Südwest-CDU lange eine Art Tabu-Begriff zu sein schien: Ganztagschule. Doch selbst CDU-Fraktionschef Stefan Mappus plädiert für einen Ausbau "nach Bedarf". Am Geld soll nichts scheitern. Obwohl Regierungschef Günther Oettinger die Haushaltskonsolidierung über alles stellt, ließ er, wie Schavan allen Ländern empfiehlt, die aufgrund des Schülerrückgangs rein rechnerisch zu streichenden Stellen "im System". Diese Ressourcen, so Schavan, brauche man. Um solche Dinge auf den Weg zu bringen, wie sie ihr vorschweben: Ein Labor in jede Kita und in jede Grundschule.

"Das muss uns gelingen", sagt Schavan in zielstrebiger

G8-Betrieb macht Kopfzerbrechen

gem Ernst. "Hier wird nicht Kindheit geraubt." Den Kindern müsse Wissenserwerb, Erforschung der Welt vielmehr "Spaß machen". Gelingen das, würde auch die Atmosphäre für Schulen eine andere.

Und weiter geht's zum "Nano-Truck" ihres Bundesbildungsministeriums. Der Doppelstöcker soll auf Anforderung Schulen in der ganzen Republik anfahren, um dem Nachwuchs den faszinierenden Nutzwert der Nanotechnik nahe zu bringen. Sinja vom Stuttgarter Königin-Charlotte-Gymnasium erklärt rasch den "Lotuseffekt" einer Textiloberfläche. "Aha, keine Rotweinflecken mehr", nickt Schavan gelehrig.

Was ihr denn am besten gefallen habe auf der Didacta? "Oh Gott", entfährt es Annette Schavan. Dann sammelt sie sich: "Am besten gefällt mir, wie viele interessierte Menschen hier rumlaufen." Die bekamen freilich etwas mehr mit als die eilige Besucherin im rosafarbenen Jackett.

G8-BETRIEB MACHT KOPFZERBRECHEN

„Probleme mit achtjährigen Gymnasien (G8) und kein Ende in Sicht“ klagen viele Eltern im Lande, die lieber Gymnasien zu Ganztagschulen machen würden. Kern der Forderungen: G8 als Ganztagschule mit Mensa und zusätzlichen Lehrern.

"Falsch Gm8?" titelte eine Experten-Anhörung wortspielerisch die Situation, wie Eltern die verordnete Umsetzung erleben. Die Landesregierung verkündet "Der Kultusminister verweist auf die neuen Bildungspläne und meint, G8 sei machbar, es mangle nur an manchen Schulen mit der Umsetzung". Dem wird entgegengehalten: "Ist der Schwarze Peter bei den Lehrkräften? Oder liegt es nicht doch an der falschen Konzeption und seiner Umsetzung, den zu großen Klassen und der mangelnden Fortbildung?".

Heftige Kritik wird darüber geführt, dass der Bildungsplan - ob entrümpelt oder nicht - kaum etwas über den tatsächlichen Unterricht aussage, „die erlebte Wirklichkeit sieht anders aus!“ wird festgestellt. Die Elternkritik richtet sich gegen die Arbeitsanhäufung und den zeitlichen Belastungen. „Ein gewisses Zeitbudget von acht Stunden pro Tag von 8 bis 16 Uhr darf nicht überschritten werden“ ist die Forderung von Eltern, die von Unterricht an mehreren Nachmittagen und von Arbeitstagen bis 11 Stunden berichten - ohne Fahrzeiten und Hausaufgabenzeiten mitzurechnen. Für Übung und Vertiefung fehlt im G8 einfach die Zeit.

Vielen Eltern sind die Bemerkungen von Ministerpräsident Günther Oettinger, der beklagte, "ein Schüler in der fünften Klasse arbeite mehr als ein IG-

Metaller mit Steinkühlerpause", ein Beleg für ihre gerechtfertigte Kritik.

Aus dem Kultusministerium werden Stimmen laut, dass man beim Bildungsplan 2004 "zu blauäugig" gewesen sei und "es ist gesellschaftlich noch nicht geklärt, was an Stoff sein muss." Der Minister versprach kürzlich eine baldige Herausgabe der entsprechenden Verordnungen dazu.

Fazit: Das Dauerthema der Einführung der Ganztagschule (G8) wird die Eltern noch länger „voll auslasten“ - wir berichten weiter davon.

EINE KOMPETENZANALYSE SOLL HELFEN

Zur grundlegenden Änderung des Schulsystems äußerte sich der Handwerkstag: "Die Hauptschule ist nicht mehr zu retten, da nützt auch das beste pädagogische Programm nichts mehr. Das Spiel läuft im dreigliedrigen Schulsystem gegen sie." Das schlechte Image der Hauptschule sei in den Köpfen von Eltern und Schülern fest verankert und nicht umkehrbar. "Die Guten kommen ins Gymnasiumtöpfchen, die Durchschnittlichen in die Realschulschublade und der Rest bleibt übrig". Stattdessen sollte eine achtjährige gemeinsame Basisschule eingeführt werden.

Die von Kultusminister Helmut Rau ins Spiel gebrachte Kompetenzanalyse für Haupt- und Sonderschüler sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, komme aber rund zehn Jahre zu spät.

Unterdessen bekräftigt die Landesregierung, dass sie am dreigliedrigen Schulsystem weiter festhalten werde. Den Haupt- und Sonderschülern in Baden-Württemberg soll die Berufswahl künftig leichter fallen, hieß es. Das Land will sie dabei frühzeitig unterstützen. Im Schuljahr 2009/10 soll eine sogenannte Kompetenzanalyse eingeführt werden. "Damit können Eltern und Schüler feststellen, welche besonderen Stärken, aber auch welche noch auszubügelnden Schwächen die Schüler haben", so der Minister. Dies sei keine zusätzliche Benotung von Leistungen, betonte Rau. Es gehe unter anderem um die Fragen, wie gut die Schüler in den Klassenstufen 7 strukturiert arbeiten, sich in eine Gruppe einfügen, sich untereinander austauschen und welche organisatorischen Fähigkeiten sie haben. "Ich bin mir sicher, das ist ein Meilenstein bei der Sicherung der Zukunftschancen derjenigen Jugendlichen, die am ehesten benachteiligt sind", meinte Rau. Die über drei Jahre verteilten Kosten lägen bei gut 10 Millionen Euro. Etwa 7,5 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds werden vom Sozialministerium bereitgestellt.



Medien im Wandel

LFK-Vorstand gibt Startschuss für DVB-H Handy Fernsehen in Baden-Württemberg. Auch baden-württembergischer Radio-Sender von Anfang an mit dabei.

Stuttgart, 26. Februar 2008 - Der Vorstand der Landesanstalt für Kommunikation (LFK) hat sich für Mobile 3.0 als Betreiber für das neue DVB-H Handy-Fernsehen ausgesprochen und eine Zuweisung für einen 3-jährigen Versuchsbetrieb in Baden-Württemberg erteilt. Damit sind für Baden-Württemberg die regulatorischen Weichen für eine erfolgreiche Einführung des mobilen Fernsehens gestellt. „Mobile 3.0 bietet als Betreiber der Plattform eine strukturelle Unabhängigkeit von Vermarktern und Inhabern. Das war für die Entscheidung ausschlaggebend“, erläutert der Vorsitzende des Vorstandes, LFK-Präsident Thomas Langheinrich. „Jetzt sind die Marktteilnehmer gefordert, gemeinsam ein Produkt an den Start zu bringen, das in punkto Angebot, Service und Leistung die Nutzer überzeugt“, so Langheinrich weiter.

Mobile 3.0 plant sein mobiles Fernsehen im Juni zur Fußball EM in ausgewählten Ballungsräumen zu starten; bis zum Jahr 2010 ist eine flächendeckende Verbreitung von DVB-H vorgesehen. Neben ARD und ZDF werden RTL, Vox, Sat.1 und ProSieben, dazu die Nachrichtenkanäle n-tv und N24, von Anfang an mit dabei sein. Auch Regionales aus Baden-Württemberg wird seinen Platz im Angebot finden. Im Hörfunk-Bereich gehen neben Digital 5 und KickFM auch das neue mobile Radio-Programm bigBuddy des baden-württembergischen Senders BigFM via DVB-H an den Start. „Wir erwarten von Mobile 3.0, dass auch neue, innovative, speziell für den mobilen Nutzer zugeschnittene Dienste angeboten werden“, so der LFK-Präsident.

Bußgelder für unerlaubte Telefonwerbung Kampfansage an eine moderne Plage

Verbraucher sollen in Zukunft besser vor unerlaubter Telefonwerbung geschützt werden. Justizministerin Brigitte Zypries und Verbraucherminister Horst Seehofer stellten einen Gesetzesentwurf vor, nach dem die verbotenen Werbeanrufe künftig mit Bußgeldern geahndet werden können.

Telefonwerbung ohne Einwilligung des Verbrauchers ist schon heute verboten. Nur halten sich viele Firmen nicht daran, so Bundesjustizministerin Brigitte

Zypries. In aller Regel wollten die Anrufer Zeitungen und Glückspielprodukte verkaufen; auch versuchten Telekommunikationsfirmen, Kunden von ihrem bisherigen Anbieter mit einem neuen, günstigeren Vertrag abzuwerben, beschreibt die Ministerin die Hauptproblemfelder.

Eine echte Plage seien diese Anrufe, findet Verbraucherschutzminister Horst Seehofer: Einer repräsentative Forsa-Umfrage habe ergeben, dass sich etwa 86% der Menschen durch unerlaubte Telefonwerbung belästigt fühlten.

Bis zu 50.000 Euro Bußgeld

Darauf will die Bundesregierung reagieren und die Gesetze verschärfen. Wer einen Kunden unerlaubt mit Werbung am Telefon belästigt, muss im Extremfall mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro rechnen. Ein Werbeanruf ist nur zulässig, wenn der Angerufene klar gestellt hat, dass er mit Werbeanrufen einverstanden ist. Ein Problem: Die Unternehmen, die anrufen, unterdrücken oft ihre eigene Rufnummer, so dass sie der Angerufene nicht erkennen kann. Das dürfen sie künftig nicht mehr.

Wird ein Vertrag am Telefon abgeschlossen, bekommt der Kunde ein neues Widerrufsrecht. Konkret erklärt die Justizministerin: "Alle diese Verträge kann ich künftig innerhalb von 14 Tagen widerrufen." Über dieses Widerrufsrecht muss der Kunde bei Vertragsabschluss und anschließend schriftlich informiert werden. Die 14-Tagesfrist beginnt auch erst mit der schriftlichen Belehrung. Erfolgt die Information über das Widerrufsrecht nicht unmittelbar, dann beträgt die Frist sogar einen Monat und läuft erst, wenn die Ware zugestellt wurde.

Ruckzuck neuer Vertrag

Sehr oft kommt es vor, dass ein Telefonanbieter, häufig ein Konkurrent der Deutschen Telekom, anruft, um den Kunden abzuwerben. Der Kunde passt nicht genau auf, und ruckzuck bekommt er einen neuen Vertrag untergeschoben. Auch das soll künftig nicht mehr so einfach gehen. "Deswegen werden wir vorschreiben, dass der neue Anbieter verpflichtet ist, die Kündigung des alten Vertrages durch den Kunden in Textform vorzulegen. Das heißt also, wenn geschaltet werden soll, muss es eine schriftliche Bestätigung des Kunden geben, dass er tatsächlich bereit ist, den Anbieter zu wechseln", versichert Zypries.

Die neuen Vorschriften müssen nun noch mit dem Bundeswirtschaftsministerium abgestimmt werden. Sie sollen dann so schnell wie möglich in Kraft treten.

Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

SCHULTYPÜBERGREIFENDES LERNEN EINÜBEN

Baden-Württemberg will (laut StZ online) überraschend das dreigliedrige Schulsystem aufweichen und gemeinsamen Unterricht an Haupt- und Realschulen einführen. In Zukunft sollen Haupt- und Realschüler in den Klassen 5 und 6 zusammen lernen. Kultusminister Helmut Rau (CDU) sagte im Februar bei der Bildungsmesse Didacta in Stuttgart, dies solle zunächst an einigen Schulen erprobt werden. "Das ist eine ganz wesentliche Öffnung der Hauptschule". Dabei könnten Hauptschüler den Unterricht in Kernfächern wie Deutsch, Englisch und Mathematik oder sogar den gesamten Unterricht an der Realschule besuchen. Dies sei ein qualitativ großer Schritt in der Schulentwicklung und er müsste mit großer Ernsthaftigkeit gegangen werden.

Etwa 20 Schulverbünde sollen vom Schuljahr 2009/2010 an gemeinsamen Unterricht anbieten. Das Angebot für den Besuch von sogenannten Niveaurenkursen etwa in Deutsch und Mathematik an Realschulen soll es noch häufiger geben. Von Mai an können sich die Schulen für das Projekt bewerben.



Eine Erweiterung auf die nächsten Klassen sei nicht geplant, erläuterte Rau. Der Minister widersprach Befürchtungen, mit der Reform sei eine Fusion der beiden Schularten vorprogrammiert. "Von diesem Konzept können beide Schulen profitieren." Er stellte in seiner Rede klar, was die Zusammenarbeit nach seiner Ansicht nicht bringen darf: "Erstens den Verzicht auf spezifische Förderkonzepte für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler und zweitens die Auflösung der sehr erfolgreichen und von Schülern und Eltern geschätzten Realschule." Im Südwesten gibt es bereits 60 Schulverbünde, in denen Haupt- und Realschulen zusammenarbeiten. "Diese beschränken sich aber in der Regel auf gemeinsame außerunterrichtliche Veranstaltungen, auf organisatorische Aspekte oder auf gemeinsame Projekte",

erklärte Rau. Für den neuen gemeinsamen Unterricht habe das Landesinstitut für Schulentwicklung einen gemeinsamen Kernplan entwickelt. "Nur einfach das Türschild auszutauschen, das wäre ein sehr simpler und eben nicht vom Gedanken der Qualitätsentwicklung für beide beteiligten Schularten getragener Weg." Bei einer Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts würden dann auch zusätzliche Lehrer gebraucht.

Anmerkung: Für den Landesfamilienrat ist das sicher der falsche Ansatz. In seinem Grundsatzpapier „Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder“ geht es um eine verlängerte gemeinsame Grundschulzeit aller Kinder; nicht um eine teilweise, im Schnellschussverfahren eingeleitete Verschmelzung zwischen Haupt- und Realschule.

MEHR VÄTER NEHMEN ELTERNGELD

Das Statistische Bundesamt (Destatis) in Wiesbaden teilte mit, dass im 4. Quartal jeder achte Antrag (12,4%) auf Elterngeld auf einen Vater entfällt.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg teilte mit: 70.400 Anträge auf Elterngeld wurden im Jahr 2007 bewilligt. Fast 90 Prozent der Anträge wurden von Frauen gestellt. Der Anteil der Männer in den Stadt- und Landkreisen ist sehr unterschiedlich. Die „neuen“ Väter leben vor allem in Freiburg und Heidelberg. In ländlichen Gegenden wie Tuttlingen, sind sie noch sehr rar. Fast ein Drittel der Bezieherinnen erhält nur den Mindestbetrag von 300 Euro. Bundesweit ist es sogar jede zweite Mutter (52%), häufig in Verbindung mit Geschwisterbonus und/oder Mehrlingszuschlag. Bei den Vätern traf dies bei 28% zu.

Infos: www.statistik-bw.de/Pressemitt/2008080.asp

SCHULKINDERGÄRTEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Im laufenden Schuljahr 2007/2008 bestehen in Baden-Württemberg nach Angaben des Statistischen Landesamtes 241 öffentliche und private Schulkindergärten, in denen insgesamt 4.592 Kinder in 696 Gruppen betreut werden. Mit einem Anteil von rund 67 Prozent (3.072 Kinder) sind Jungen gegenüber Mädchen deutlich in der Überzahl. 12 Prozent (538 Kinder) der betreuten Kinder haben eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Infos: www.statistik-bw.de/Pressemitt/2008058.asp



Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

Sinkende Geburtenraten im Ländlichen Raum

Deutliche Unterschiede bei den Geburtenraten in den Gemeinden des Landes

Der Geburtenrückgang macht vor dem ländlichen Raum nicht halt: Mit durchschnittlich 148 Neugeborenen je 100 Frauen liegen die Geburtenraten in den Gemeinden des ländlichen Raums heute deutlich niedriger als Anfang der 80-er Jahre, als der Geburtendurchschnitt noch bei durchschnittlich 165 Geburten je 100 Frauen lag. Wie die Studie "Demografie und Familie im ländlichen Raum" des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zeigt, gleichen sich die Geburtenraten der ländlichen Gemeinden den traditionell niedrigeren Geburtenraten der Verdichtungsräume (derzeit rund 128 Neugeborene je 100 Frauen) an. „Auch im ländlichen Raum gibt es einen 'Trend zur späten Elternschaft'“. Bedingt durch die zunehmende Erwerbsorientierung von Frauen, das gestiegene Ausbildungsniveau, die langen Ausbildungszeiten, brüchiger werdende Partnerschaften und die Vielfalt von möglichen Lebensentwürfen entscheiden sich immer mehr Paare erst jenseits des Alters von 30 oder 35 Jahren für das erste Kind. Die Folge ist, dass das Geburtenniveau in Baden-Württemberg um rund ein Drittel niedriger liegt als das bestandserhaltende Niveau von 210 Geburten je 100 Frauen, bei dem die Bevölkerungszahl ohne Zuwanderungen langfristig konstant bleiben würde.

Regionale Unterschiede im Geburtenverhalten

"Trotz dieser Angleichung von Stadt und Land auf niedrigem Geburtenniveau gibt es durchaus noch größere Landstriche in Baden-Württemberg, in denen häufig noch vergleichsweise hohe Geburtenraten anzutreffen sind". Solche Landstriche liegen im mittleren und südlichen Schwarzwald, auf der Schwäbischen Alb, in Oberschwaben, Ostwürttemberg und Heilbronn-Franken. In den städtischen Verdichtungsräumen Stuttgart, Rhein-Neckar, Karlsruhe/Pforzheim, Freiburg im Breisgau, Lörrach/Weil, Ulm und im Bodenseeraum liegen die Geburtenraten dagegen durchweg auf niedrigem Niveau.

Familiengründung erleichtern – Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern

Familienpolitischen Handlungsbedarf gibt es in Stadt und Land gleichermaßen. Das Durchschnittsalter von (verheirateten) Müttern bei der ersten Geburt ist in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gestiegen: von

rund 25 Jahren Anfang der 80-er Jahre auf derzeit rund 29 Jahre. Viele Paare verschieben die Realisierung ihres Kinderwunschs und entscheiden sich erst jenseits des Alters von 30 oder 35 Jahren für das erste Kind. Dazu tragen auch die langen Ausbildungszeiten bei, insbesondere bei akademischen Fachrichtungen. "Die Familiengründung erfolgt häufig erst nach Ausbildung, Berufseinstieg und Etablierung – und noch zu selten gleichzeitig. Gefordert sind bessere Rahmenbedingungen zur gleichzeitigen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um eine frühzeitige Entscheidung für Kinder leichter zu machen." Kommunen und Unternehmen können hierfür auf örtlicher Ebene eine Menge tun: Angefangen mit der Einführung familienfreundlicher Ausbildungs- und Arbeitszeitmodelle über die Schaffung von günstigem Wohnraum für Familien bis hin zu bedarfsgerechtem Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote. "Gerade für die noch geburtenstärkeren Gemeinden im ländlichen Raum besteht eine gute Chance, sich mit einer kinder- und familienfreundlichen Infrastruktur erfolgreich zu profilieren", so das Fazit der Studie.

Neue Form der Familienberichterstattung in Baden-Württemberg

Erste Ausgabe zum Thema »Kinderreiche Familien« erschienen – Anteil kinderreicher Familien an den Familien insgesamt stark zurückgegangen

Die Familienberichterstattung in Baden-Württemberg erhält ein neues Gesicht. Durch den Kurzreport „Familien in Baden-Württemberg“ werden ab sofort regelmäßig aktuelle Informationen zu Themen rund um die Familie bereitgestellt. „Vorausschauendes Handeln und eine nachhaltige Familienpolitik setzen fundiertes Wissen über die Lage der Familien in unserem Land voraus. Ich freue mich, dass wir durch die ab sofort quartalsweise erscheinenden Kurzreporte regelmäßig über aktuelle Informationen verfügen“, sagte Arbeits- und Sozialministerin Dr. Monika Stolz am 17. April 2008 in Stuttgart anlässlich der Bekanntgabe der Änderung der bisherigen Familienberichterstattung.

Die Kurzreporte ersetzen die bisher einmal pro Legislaturperiode erschienenen langen Berichte. Sie enthalten themenbezogene wissenschaftliche Analysen zur Lage von Familien in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa. Allen, die sich umfassender informieren wollen, wird darüber hinaus ein gleichzeitig erscheinender Report zur Verfügung gestellt,

Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

der weiterführende Informationen und Analysen zum selben Thema beinhaltet. Beide Angebote erscheinen in elektronischer Form, und können auf der Homepage des Ministeriums für Arbeit und Soziales (www.sozialministerium-bw.de) oder der Familienforschung Baden-Württemberg (www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/) herunter geladen werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, den Kurzreport und den Report über die Homepage der Familienforschung Baden-Württemberg (www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/) zu abonnieren.



Die ersten Ausgaben der Kurzreporte befassen sich mit dem Thema „Kinderreiche Familien“.

Dr. Carmina Brenner, Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, weist darauf hin, dass der Geburtenrückgang in Deutschland neueren Forschungsergebnissen zufolge weniger durch die zunehmende Kinderlosigkeit als durch den Rückgang von Familien mit drei oder mehr Kindern bedingt ist. „Heute entscheiden sich deutlich weniger Frauen für drei oder mehr Kinder als früher. Daher ist es wichtig, die Lebenssituation kinderreicher Familien gezielt in den Blick zu nehmen“, berichtet Frau Dr. Brenner.

In Baden-Württemberg ist der Anteil kinderreicher Familien in den letzten 30 Jahren um nahezu 40 Prozent zurückgegangen und liegt heute bei 15 Prozent. Damit hat Baden-Württemberg neben Niedersachsen aber immer noch den höchsten Anteil an kinderreichen Familien im Bundesgebiet. Die Lebenslagen kinderreicher Familien unterscheiden sich, wie folgende Ausführungen zeigen, zum Teil deutlich von denen kleinerer Familien.

Kinderreiche Familien haben ein höheres Risiko in eine finanziell schwierige Lage zu geraten

Kinderreichtum und Einkommensarmut hängen in Deutschland eng zusammen. Mit steigender Kinderzahl steht den Familien pro Familienmitglied immer weniger Einkommen zur Verfügung. Ehepaare mit drei oder mehr Kindern müssen in Baden-Württemberg mit durchschnittlich 357 Euro pro Kopf und Monat weniger auskommen als Ehepaare mit nur einem Kind. Vor allem Alleinerziehende mit drei oder mehr Kindern befinden sich häufig in finanziell prekären Lagen. Bundesweit leben 21 Prozent der Alleinerziehenden mit drei oder mehr Kindern von der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens, in Baden-Württemberg liegt der Wert ähnlich hoch.

Bildungsarmut besonders häufig bei Familien mit vier oder mehr Kindern

Eltern mit drei Kindern haben ein ähnlich hohes Bildungsniveau wie Eltern mit einem oder zwei Kindern, nur ein geringer Anteil von ihnen verfügt über keinen Bildungsabschluss. In Familien mit vier und mehr Kindern hingegen sind die Eltern überdurchschnittlich häufig von Bildungsarmut betroffen: 15 Prozent der zusammenlebenden Mütter und Väter mit vier und mehr Kindern verfügen in Baden-Württemberg über keine abgeschlossene Schulausbildung, in Familien mit einem oder zwei Kindern sind es im Gegensatz dazu nur 3-4 Prozent, in Familien mit drei Kindern 6 Prozent.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für kinderreiche Mütter wichtiges Thema

Kinderreiche Frauen sind seltener und in geringerem Umfang erwerbstätig als Mütter mit ein oder zwei Kindern. Dennoch ist auch unter den Müttern mit drei oder mehr Kindern in Baden-Württemberg mehr als die Hälfte erwerbstätig (57%). Der Umfang der Erwerbstätigkeit hängt allerdings stark vom dem Alter des jüngsten Kindes ab. 46 Prozent der kinderreichen Mütter arbeiten in Teilzeit, gut jede zehnte in einer Partnerschaft lebende Mutter mit drei oder mehr Kindern geht einer Vollzeitberufstätigkeit nach.



Neues aus den Kreis- und Ortsverbänden

Fortsetzung von Seite 4:

einen Euro zu begleichen haben. Dies verhindert eine Ausgrenzung am Mittagessen und garantiert, dass Kinder eine vollwertige, gesunde Mahlzeit zu sich nehmen können.

Mit der „FamilienCard“, die wir seit über einem Jahr in Freiburg eingeführt haben und die für einkommensschwache Familien umsonst zu haben ist, wird die Teilhabe am kulturellen Leben ermöglicht oder erleichtert. Die FamilienCard beinhaltet Ermäßigungen beim Besuch von städtischen und privaten Veranstaltungen, wie Museen, Theater, Restaurants etc. und zwar für alle Freiburger Familien.

Darüber hinaus sind auch „arme Familien“ von Kindergartengebühren befreit. Was wir künftig mehr brauchen, sind der geplante Ausbau von Ganztageschulen und die gezielte Förderung von Kindern schon ab dem ersten Kindergartenjahr besonders vor allem, was die Sprachfähigkeiten angeht, um über diesen Weg mehr Chancengerechtigkeit herzustellen. Zudem müssten Familien bundespolitisch finanziell mehr entlastet bzw. finanziell gefördert werden.

DFV: Danke für dieses Interview.



**Sind Familien Ihre Zielgruppe?
Dann wäre vielleicht eine
Anzeige hier das Richtige!**

Infos anfordern! Fon: 0761 - 470 27 95

ORTSVERBAND HERBOLZHEIM

Wechsel beim Familienverband

Rita Schmid löst Thomas Ruddies im Vorsitz ab

Die bisherige Stellvertretende Vorsitzende im DFV Herbolzheim, Rita Schmid ist zur Vorsitzenden und Susanne Friedel zur Schatzmeisterin gewählt worden. Der bisherige Vorsitzende Thomas Ruddies verzichtete aufgrund gesundheitlicher Probleme auf eine erneute Kandidatur.

Rita Schmid und Susanne Friedel führen kommissarisch für ein Jahr den Deutschen Familienverband (DFV), Ortsverband Herbolzheim, weiter.

Der Ortsverband zählt 58 Mitgliedsfamilien. Im Laufe der Jahre habe sich die Mitgliederzahl vom Höchststand, der bei knapp über 100 lag, nahezu halbiert, so Rita Schmid. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und mögliche Veränderungen innerhalb des Verbands in Gang zu bringen, lasse nach, wie in der außerordentlichen Jahreshauptversammlung im „Schützen“ mehrfach zu hören war.

In seinem Grußwort meinte Uto R. Bonde, der Ortsverband Herbolzheim sei für die Verbandsarbeit "mehr als prädestiniert" und hat vieles angestoßen, was mustergültig sei. Über viele Jahre ist hier in der Gemeinde großartige, ehrenamtliche Arbeit für die Familien geleistet worden, was auch weitergeführt werden sollte. Er schätze diese beispielhafte Leistung sehr, so Bonde weiter.

Danach ging er auf zahlreiche verbandspolitische Schwerpunkte ein, unter anderem auf Familien-, sowie Bildungs- und Schulpolitik. Er betonte mehrfach die Wichtigkeit der Solidarität, die "in unserer Ellbogengesellschaft abhanden gekommen" sei.

Schriftführerin Melitta Cocans berichtete über das vergangene Verbandsjahr mit zehn Terminen in Herbolzheim und den Bemühungen des DFV Informationen des Verbandes an die Leute zu bringen.

Uto R. Bonde dankte dem scheidenden Vorsitzenden und seinem Vorstandsteam für die geleistete Arbeit. Er machte deutlich, welches Verständnis der Deutsche Familienverband habe: Der DFV ist ein solidarischer Verband der Selbsthilfe von und für Familien. „Auch der DFV darf über seine guten Taten öffentlich sprechen und dafür werben!“

Nachrichten und Termine im DFV

KREISVERBAND ESSLINGEN

Familienradtour Stuttgart – abseits im Grünen – mit Aussichtspunkten

Wann: Sonntag, 29.06.08., 10.00 Uhr

Treffpunkt ist der Parkplatz des Baumarktes Hornbach in Esslingen-Sirnau nahe der B10 oder von Denkersdorf kommend von der Körschtalstraße links in die Esslinger Straße abbiegen.

Die Streckenlänge ist ca. 55 km, der Streckenverlauf ist auch für geübte Kinder und Jugendliche geeignet. Den größten Anstieg werden wir mit Hilfe der „Zacke“ bewältigen. Für den Anstieg durch den Rosensteinpark entlang der Wilhelma (Fernglas mitnehmen, Eisbär Wilbär lockt) nehmen wir uns Zeit und durch den Höhenpark Killesberg können wir auch ein Stück schieben. Unterwegs gibt es zahlreiche Einkehrmöglichkeiten und Gelegenheiten für Pausen, auch mit toller Aussicht. Die Tour kann auch durch Rückfahrt mit der S-Bahn abgekürzt werden.

Die Rückkehr in Esslingen ist ca. 18.00 Uhr.

Weitere Info und Anmeldung bei Rudi Weber, Albrecht-Dürer-Str. 30, 73257 Köngen, Tel.07024/85002

Vera Morlok-Gommel

ORTSVERBAND FREIAMT

Vielseitig engagiert

Unser Waldspielplatz am Rollberg, der sehr gut in den Walderlebnispfad integriert ist, ist ein beliebtes Familienausflugsziel. Der Bau einer Kletterwand durch ehrenamtliche Helfer und mit der finanziellen Unterstützung der Volksbank Nördlicher Breisgau ist eine tolle Bereicherung. Besonderer Dank geht an Hans Böcherer, Jürgen Burkhart und alle „Schaffer“.

Für unser Hüttenwochenende am Schluchsee im Kech'schen Gut sind wir inmitten der Planung und Vorbereitung. Zur vorgesehenen Natur – Rallye und zum Grillen am Lagerfeuer hoffen wir auf gutes Wetter.

In der Gemeinde Freiamt sollte durch Gemeinderatsbeschluss die Idee einiger Gemeinderäte, jedes neugeborene Kind mit einem Begrüßungsgeld willkommen zu heißen, verwirklicht werden. Da die Vorstandschaft des OV Freiamt dies für Aktionismus ohne Nachhaltigkeit hielt, erarbeiteten wir Vorschläge, wie für die Familien in unserer Gemeinde verlässliche und bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden könnten, z.B. warmes Mittagessen an Ganztagsschul-

tagen, Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr, kleinere Gruppen im Kindergarten oder Kleinkindbetreuung. Unsere Ideen wurden in die Debatten des Gemeinderates aufgenommen, ein Beschluss kam jedoch noch nicht zu Stande.

Wir suchen:

Eine Person, die ehrenamtlich unsere Homepage pflegt. Bitte Kontakt aufnehmen mit Peter Köstel (Telefon 07645 - 1818).

Heidi Reinbold

KREISVERBAND BREISGAU

GEMINI-Treffen von Mehrlingse Eltern

Jeden 1. Donnerstag im Monat, 20 - 22 Uhr, 79098 Freiburg, Geschäftsstelle der AGF/DFV, Schloßbergstr. 8a

Familientreff „Leben mit Kindern“

Jeden 3. Donnerstag im Monat, 16 - 17.30 Uhr, 79206 Breisach-Hochstetten, Verenenkapelle

Impressum

Die FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen dreimal im Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber: Deutscher Familienverband Landesverband Baden-Württemberg e.V., St. Georgener Str. 10, 79111 Freiburg, Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30, post@dfv-baden-wuerttemberg.de www.dfv-baden-wuerttemberg.de

Redaktion: Uto R. Bonde

Bildnachweis: Uto R. Bonde – Titel, S. 3, S. 6 H. Gress – Titelcollage, S. 11, S. 13

Bankverbindung: Volksbank Freiburg, BLZ 680 900 00, Kto 15 967 609. Der DFV ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Produktion: Die MarketingMacher, Freiburg (Satz & Layout), Franz Weis GmbH, Freiburg (Druck).

Die nächsten FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen am 30. Oktober 2008.

Redaktionsschluss ist am 17. Oktober 2008.

Kreis- und Ortsverbände des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg e.V.

KV Böblingen e.V.

Vorsitzender: Gunter Reimann
71277 Rutesheim, Hegelstr. 22
Tel. 07152 - 5 37 39
Gunter.Reimann@t-online.de

KV Breisgau e.V.

Vorsitzender: Martin Sarcoli
79111 Freiburg, Heckerstr. 29
Tel. 0761 - 888 97 07 (AB)
info@dfv-breisgau.de

KV Emmendingen e.V.

Vorsitzender: Peter Köstel
79348 Freiamt, Lärchenweg 7/1
Tel. 07645 - 18 18, Fax 07645 - 91 63 54
kreisverband@dfv-kreis-emmendingen.de

KV Esslingen e.V.

Vorsitzender: Vera Morlok-Gommel
73274 Notzingen, Neuffenstr. 14
Tel. 07021 - 4 75 25
mo-gommel@t-online.de

OV Freiamt e.V.

Vorsitzende: Heidi Reinbold
79348 Freiamt, Unterer Schutzhof 7
Tel. 07645 - 14 44, Fax 07645 - 14 45
freiamt@dfv-kreis-emmendingen.de

OV Herbolzheim e.V.

Vorsitzende: Rita Schmid
79336 Herbolzheim, Friedrichstr. 39
Tel. 07643 - 14 66
rita_schmid@online.de

KV Konstanz e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81
Herbert.Bruttel@t-online.de

OV Konstanz e.V.

Vorsitzende: Sabine Geistler
78462 Konstanz, Inselgasse 9
Tel. 07531 - 18 94 76, Fax 07531 - 18 94 76
Sabine.Geistler@D-Angelo.de

OV Radolfzell e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81
Herbert.Bruttel@t-online.de

RV Rhein-Neckar-Odenwald e.V.

Vorsitzende: Silke Wanitschke
74939 Zuzenhausen, Leiergasse 6
Tel. 06226 - 99 17 26
Mue_ke@t-online.de

Friedrichshafen

Kontaktadresse: Regina Berner-Kerst
88677 Markdorf, Bergheimerstr. 28
Tel. 07544 - 74 34 30, Fax 07544 - 74 34 80

Raum Stuttgart-Neckar

Kontakt über die Landesgeschäftsstelle
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30
post@dfv-baden-wuerttemberg.de

DFV Landesverband e.V.

Vorsitzender: Uto R. Bonde
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30
post@dfv-baden-wuerttemberg.de
www.dfv-baden-wuerttemberg.de

DFV Bundesverband e.V.

10117 Berlin, Luisenstr. 48
Tel. 030 - 30 88 29 60, Fax 030 - 30 88 29 61
zentrale@deutscher-familienverband.de
www.deutscher-familienverband.de

Aufnahmeantrag

 Wir werden Mitglied im Deutschen Familienverband e.V. (DFV)



Deutscher
Familien-
Verband

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Vorname	Name	Geb.-Datum	Beruf
Vorname Partner/in	Name	Geb.-Datum	Beruf
Kinder (Geburtsjahr)			
Straße	Plz	Ort	
Telefon	Fax	Email	

Der jährliche Familienmitgliedsbetrag von _____ Euro (z.Zt. mind. 48,- Euro) beinhaltet die kostenfreie Zusendung der Mitgliedermagazine (FAMILIENNACHRICHTEN und DFV-Familie) und wird zum Jahresanfang per Lastschrift eingezogen. Hierfür erteile ich folgende Lastschrifteinzugsermächtigung:

Kontoinhaber	Kontonummer	Geldinstitut	BLZ
Datum	Unterschrift		